



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zum Antrag:

**45. Übersicht über Beschlussempfehlungen der
ständigen Ausschüsse zu Eingaben -**

	- Drs. 15/3830
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	- Drs. 15/3846
Änderungsantrag der Fraktion der SPD	- Drs. 15/3847

121. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 07. Juni 2007

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die eine oder andere Spitze, die wir von Herrn Dehde und Herrn Meihies kennen, sei einmal beiseite gestellt. In der Sache sind wir durchaus beieinander. Wir wollen das Thema Langzeitsicherheit auf die Tagesordnung setzen. Sie muss am Ende gewährleistet sein. Wie dastechnisch durchgeführt wird, sollte man den Experten überlassen und nicht pseudowissenschaftlich hier im Niedersächsischen Landtag entscheiden.

(Zustimmung von Dr. Philipp Rösler[FDP])

Ich sage Ihnen ganz klar, was ich beiGrünen undSPD bedaure: Sie haben sich erst zum Anwalt vonAsse II gemacht, als die SPD in der Bundesregierung nicht mehr die Hauptverantwortung trug und die Grünen dort gar keine Verantwortung mehr trugen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das bedaure ich ausdrücklich. Das hat auch mit Ehrlichkeit in der Region zu tun. Auch ich habe ja mit den Menschen vor Ort gesprochen.

(Rosemarie Tinius [SPD]: Sie waren doch gar nicht im Landtag, als wir das Thema bereits behandelt haben, Herr Kollege!)

Sie fühlen sich, um das deutlich zu sagen, teilweise gerade von Grün veräppelt.

Was mich daran stört, jetzt hier „Berücksichtigung“ zu empfehlen, ist, dass das den Menschen vor Ort vorgaukelt, die Landesregierung könne alleine entscheiden, was nicht der Fall ist. Ich halte es für richtig - da haben wir, wie ich gerne zugebe, unsere Auffassung geändert -, dass wir der Landesregierung diese Petition als Material überweisen, um die Interessen der Leute vor Ort im weiteren Verfahren zu wahren. Daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen. Das hat die Landesregierung übrigens - egal ob das ganze Ding am Ende nach Bergrecht oder nach Atomrecht abläuft –

(Rosemarie Tinius [SPD]: Das ist eben nicht egal, Herr Dürr!)

mehrmals öffentlich erklärt. Ich halte es für richtig, die Eingabe als Material zu überweisen. Jetzt hier für „Berücksichtigung“ zu votieren, würde den Menschen vor Ort Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

[...]

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Oesterhelweg, die CDU hat keine Redezeit mehr. Ein Vertreter der FDP möchte noch einmal reden. Herr Kollege Dürr, Sie haben noch eine Redezeit von 1:20 Minuten.

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin, die 1:20 Minuten werde ich gar nicht brauchen. Herr Meihies, wenn Sie mir hier anhand von Entschließungsanträgen der Grünen belegen können, dass Sie dieses Thema während Ihrer Regierungszeit in Berlin - es handelt sich ja um ein Forschungsbergwerk des Bundes - auf die Tagesordnung des Niedersächsischen Landtags gesetzt haben, dann nehme ich meine Äußerung von vorhin zurück. Ansonsten haben Sie schlicht und einfach die Unwahrheit gesagt, Herr Meihies.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 121. Sitzung des Niedersächsischen Landtags.